

PETITION FÜR MEHR DEMOKRATIE IN HESSEN

- **Hessen ist schon lange nicht mehr „vorn“ bei Demokratie und Bürgerbeteiligung, sondern hat im letzten Jahrzehnt den Rückwärtsgang eingelegt. Die meisten Sachfragen auf kommunaler Ebene sind mittlerweile „tabu“ für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Es gibt unrealistisch hohe Mindestquoren und Volksabstimmungen auf Landesebene sind praktisch ausgeschlossen. Im Einzelnen:**
- Die Hessische Gemeindeordnung enthält eine Vielzahl von Ausnahmen und einschränkenden Bestimmungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Seit 2011 sind – anders als z.B. in Bayern - auch Entscheidungen im Rahmen der Bauleitplanung fast völlig ausgenommen vom Anwendungsbereich. Kurze Sammelfristen, hohe Quoren und die Pflicht zu einem ausgefeilten Kostendeckungsvorschlag verhindern Abstimmungen der Bürger über Fragen von öffentlichem Interesse.
- Das Mindestquorum für einen erfolgreichen Bürgerentscheid liegt hessenweit in den meisten Gemeinden bei 25 %. Für zwölf Städte wurde es durch eine Gesetzesänderung auf 15 % abgesenkt. Die Initiative „Pro Rennbahn“, die sich einen hohen Werbeaufwand leisten konnte, kam im Juni 2015 in Frankfurt nur auf ca. 63.000 Ja-Stimmen, hätte aber nach bisherigem Recht 125.000 und nach neuem Recht immer noch 75.000 gebraucht.
- Auf Landesebene hat es überhaupt noch nie eine Volksabstimmung aus der Mitte des Volkes gegeben. Vor allem das hohe Unterschriftenquorum von 20 % und das Verbot der freien Unterschriftensammlung haben bisher jede von den Bürgern initiierte Abstimmung verhindert. Hessen ist damit das direktdemokratische Schlusslicht in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund möchten wir den Hessischen Landtag mit einer Petition zu den auf der folgenden Seite genannten Rechtsänderungen auffordern:

